40 Years German-Israeli Relations

Dr. h.c. Johannes Gerster
Resident Representative to Israel

6 Lloyd George Street
P.O.B. 8348
Jerusalem 91082
Tel. (02) 5671830
Fax. (02) 5671831
e-mail: kasjerus@netvision.net.il
Internet: http://www.kas.de/Israrel

Konrad -Adenauer- Stiftung

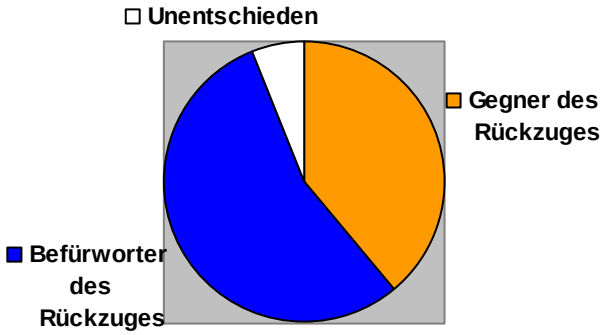
25 Years KAS in Israel

Kurzbericht zur politischen Lage in Israel – 6 Tage vor dem Gaza-Rückzug

11.8.2005

1. Die öffentliche Meinung in Israel zum Gazarückzug

Die Rückzugsgegner mit ihren als Symbol gewählten orangenen Fahnen, Shirts, Rucksäcken und dergleichen suggerieren ein öffentliches Bild, das durch Umfragen nicht bestätigt werden kann oder konnte. In der Öffentlichkeit sieht man ein Groß an Orange, wenig Blau der Rückzugsbefürworter. Wie sich das tatsächliche Meinungsbild in Israel darstellt, wird im Folgenden anhand einiger ausgewählter Umfragen gezeigt.
Unter anderem hat das Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) in Zusammenarbeit mit dem Harry S. Truman Research Institute for the Advancement of Peace an der Hebrew University of Jerusalem im März und im Juni eine groß angelegte Umfrage durchgeführt.
Es wurde eine repräsentative Auswahl von 1320 Palästinensern in 120 Orten auf der Westbank, im Gazastreifen und in Ost-Jerusalem persönlich befragt. Die israelische Erhebung fand telefonisch statt. Es wurden 526 Israelis innerhalb der grünen Linie und 501 israelische Siedler aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland befragt.
Des Weiteren wird eine Erhebung der israelischen Zeitung Jedioth Achronoth untersucht, in der 378 Siedlern aus dem Gazastreifen und dem nördlichen Samaria befragt wurden.
Im Folgenden werden Teile aus diesen Erhebungen analysiert.



Die Zustimmung des Rückzugs schwankt in den letzten Monaten. Im März stimmten noch 65% der von PSR Befragten den Rückzugsplänen zu, im Juni waren es nur noch 53% und am 8. August, eine Woche vor dem geplanten Rückzug, sind es wieder 55%. Die prozentualen Ergebnisse der Rückzugsgegner änderten sich ebenso merklich. Sie variieren zwischen 30% und 42%. Zurzeit sind 39% gegen den Rückzug.
Trotz dieser klaren Mehrheit der Befürworter, bekommt man in Israel ein Bild geboten, das andere Verhältnisse suggeriert.
Orange als Farbe des Protests beeinflusste sogar die alle 4 Jahre stattfindende jüdische Olympiade in Israel, Macabee. So hatten viele ausländische Zuschauer und Aktive erstaunt die Werbebanner des Hauptsponsors betrachtet, Israels Mobilfunkunternehmen Orange wirbt verständlicher Weise in orange. Dies war allerdings nicht als politisches Statement zu bewerten, wie Orange verkündete.
Ende Juli führte die israelische Zeitung Jedioth Achronot bezüglich der Farben eine Umfrage durch. 75% der Befragten antworteten keine der beiden Farben offen zur Schau zustellen, 18% zeigen Orange und nur 6% Blau. Dies erklärt die Unausgewogenheit zwischen öffentlichem Bild in den Strassen und der Mehrheit der Befürworter laut Umfragen.

Im Zusammenhang mit den Strassenblockaden der Protestler wurde von Jedioth Achronoth die Frage gestellt, wie sich diese Form des Protests auf die einzelne Meinung zum Rückzug auswirkt. Die Mehrheit von 57% lässt sich von diesen Aktionen nicht beeinflussen, 27% werden laut eigener Angaben dadurch in ihrer Zustimmung zum Rückzug bestärkt und nur 15% fühlen sich in ihrer ablehnenden Haltung bestätigt. Damit führen die von immerhin 80% der Befragten als nicht legitimen Protest eingestuften Strassenblockaden u.ä. eher zur verstärkten Rückzugs-Zustimmung, nicht wie vermutlich gewollt zu einer größeren Zahl an Rückzugsgegner.

Wie werden die Siedler auf die Räumung reagieren? Diese Frage hat Jedioth Achronoth zu einer weiteren Umfrage veranlasst. Ende Juli, 3 Wochen vor dem geplanten Rückzug, wurde in den betroffenen Siedlungen nach den Plänen der Siedler gefragt. 77% der betroffenen Siedler gaben an, sich nicht mit Gewalt der Räumung zu widersetzen. Gleichzeitig glaubten aber auch 70% der Siedler, dass es überhaupt nicht zu einer Räumung kommen wird. 47% der Siedler, die nicht freiwillig räumen werden, geben an, sich nicht gegen die Soldaten zu wehren, 30% wollen passiven Widerstand leisten und 6% werden mit Gewalt gegen die Räumung kämpfen. Zumindest wurde so geantwortet, lässt sich nur hoffen, dass das tatsächliche Bild ab dem 17. August anders aussieht und niemand mit Gewalt reagiert.

Teil der Umfrage war auch die Frage nach der Meinung zu den Friedensaussichten – wird der Rückzug einen Weg zur Friedensschaffung bieten? 68 % der Israelis stimmen der Aussage, der Rückzug ist eine notwendige Maßnahme zur Friedenschaffung, zu, allerdings nur 30% der Siedler, die damit einmal mehr sich von den Israelis innerhalb der Grünen Linie unterscheiden. Noch größere Diskrepanz besteht in der Bewertung der Beweggründe zum Rückzug. Die Frage ob Terrorattentate und gewalttätige Übergriffe der Palästinenser ausschlaggebend für die Rückzugspläne sind, bejahen 45% der Israelis innerhalb der grünen Linie und ganze 72% der Siedler. Ebenso viele Palästinenser sehen den Rückzugsplan als Sieg des bewaffneten Kampfes.

Die Mehrheit in Israel ist für den Rückzug aus dem Gazastreifen und den vier Siedlungen im nördlichen Westjordanland. Die vom Rückzug betroffenen Siedler haben eine andere Meinung. Sie sind mehrheitlich dagegen. Ausschlaggebend für diese Meinung ist auch die herrschende Überzeugung, der Rückzug wird überhaupt nicht stattfinden. Doch die Diskussion darüber ist längst entschieden. Der Rückzug wird kommen. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass nur 16% der Befragten Zorn gegenüber den Siedlern verspüren, die Mehrheit der Israelis empfindet Solidarität und Mitleid. Nach der anstehenden Räumung und der leidenschaftlich und hart geführten Diskussion darüber, lässt dieses Ergebnis darauf hoffen, dass eine weitere Spaltung innerhalb des Landes nicht stattfinden wird.

2. Die Grenzen des Protests

Proteste – ja, Widerstand – in Maßen, Versuche die Räumung zu verhindern – nein. So sieht laut Umfragen die Mehrheit der Israelis die Demonstrationen gegen den Rückzugsplan aus Gaza und dem nördlichen Samaria. Es gibt ein breites Verständnis innerhalb der Bevölkerung für die legitimen Proteste. Meinungsfreiheit ist in Israel ein hohes Gut. Die Mehrheit der Rückzugsgegner protestiert und demonstriert auf legale Weise für ihr Anliegen Neuwahlen oder ein Referendum zum Rückzug zu bewirken, um so noch in letzter Minute den bevorstehenden Rückzug zu stoppen. Doch der Meinungsfreiheit sind auch Grenzen zu setzen. Im Folgenden werden einige legitime Protestaktionen, teils als nicht mehr legitim einzustufende und illegale Aktionen aufgezeigt.

Die Gegner des Rückzugs haben Israel in ein orangenes Meer von Fahnen und Bändchen verwandelt. Diese friedliche Form des Protests beeinflusst in allen Städten Israels das öffentliche Bild. An Hauptverkehrskreuzungen stehen Kinder und Jugendliche und verteilen eifrig ihre orangenen Bändchen, die sich solidarisch mit den Gegnern zeigenden Autofahrer an Spiegel und Autoantennen binden. Die gleichen Aktionen werden auch von den Rückzugsbefürwortern durchgeführt, die blaue Fahnen verteilen. Jedoch werden teils aus Angst vor Übergriffen einzelner extremer Rückzugsgegner diese Fähnchen weitaus weniger öffentlich zur Schau gestellt.
Des Weiteren gibt es öffentliche Diskussionen, angemeldete und legitimierte Demonstrationen und dergleichen.

Die durch die Medien in alle Welt verbreiteten Bilder der Demonstrationen in der Nähe des Gazastreifens, an den je nach propagandistischer Sichtweise zwischen 10.000 und 50.000 Menschen teilnehmen, sind als solche legitim.

Allerdings wird in diesem Zusammenhang versucht, Grenzen der Legalität zu überwinden.
Die in den letzten Wochen wöchentlich stattfindenden Massenproteste in Ortschaften nahe des Gazastreifens in Form von Großdemonstrationen wird vom Rat der jüdischen Siedlungen in Judäa, Samaria und dem Gazastreifen, kurz "Jescha Rat", organisiert. Die Mehrzahl der Demonstranten kommt aus allen Teilen Israels, die Minderheit aus israelischen Siedlungen. Der "Jescha Rat" hat öffentlich dazu aufgerufen, die Sicherheitskräfte in allen Teilen Israels so zu beschäftigen, dass ihre Konzentration auf den bevorstehenden Rückzug schwächer wird. Dies gelingt den Demonstranten durch zahlreiche Aktionen. So werden beispielsweise heimliche Protestmärsche geplant, während öffentlich mit der Polizei ein einziger Marsch besprochen wird. So werden die Planungen der Sicherheitskräfte torpediert. Wenn Teile der Demonstrationen aus Sicherheitsgründen oder dergleichen verboten werden, beruft sich der "Jescha Rat" auf die Demokratie – man lasse sie nicht demokratisch demonstrieren – aber defacto versuchen sie durch ihre Aufrufe, der Demokratie zu schaden.

Als weiteren Punkt in diesem Zusammenhang lassen sich die zahlreichen Strassenblockaden im ganzen Land nennen. Die Aktivisten des selbst ernannten "Nationalen Haus" planen fast militärisch die gezielte Störung der Verkehrsadern. So führen immer wieder Blockaden von 20 oder mehr Hauptverkehrsknotenpunkten im Land zu chaotischen Zuständen im Berufsverkehr. Militärisch genau werden für jeden Knotenpunkt Kommandeure mit Stellvertretern ernannt, die die Operationen durchzuführen haben. Bei einigen dieser Blockaden kam es zu gefährlichen Eskalationen. Es wurden teilweise Strassen mit brennendem Benzin blockiert, Reifenstapel angezündet und auf der Fahrbahn Nägel und Öl verteilt.

Noch drastischere Formen der Meinungsartikulation wurden von wenigen Aussenseitern aus dem Block der Rückzugsgegner initiiert. Doch trotz der Distanzierung von solchen Aktionen, müssen sich der "Jescha Rat" und andere überlegen, welches Maß an Verantwortung, durch ihre gezielten Aufrufe zur Störung des öffentlichen Lebens, sie an den folgenden Aktionen tragen.
Am 11. Juli dieses Jahres gab es eine Evakuierung des Zentralen Busbahnhofes von Jerusalem. Hunderte von Polizisten und Sprengstoffexperten wurden gerufen, um eine vermeintliche Bombe zu entschärfen. Einige Passagiere hatten in einer Toilette eine Gasflasche mit elektrischen Kabeln und einer Uhr als Bombe gemeldet. Dies stellte sich glücklicherweise als Attrappe heraus. Die Tage später gefassten Täter, zwei junge Soldaten, hatten die Attrappe mit einem Zettel bespickt: "Die Loslösung wird euch ins Gesicht explodieren." Wieder eine klar im Zusammenhang mit dem Rückzugsplan stehende Aktion, die illegal war und die Sicherheitskräfte ablenken sollte.

Dass diese Aktionen teilweise aus den Augen der Gegner erfolgreich sind, zeigte die Bekanntmachung des IDF (Israel Defence Force) in der ersten Augustwoche. Das IDF geht davon aus, dass bis zu 800 Menschen allein in den ersten Augusttagen illegal nach Gush Katif gekommen sind. Trotz des absoluten Einreiseverbots ist es ihnen gelungen, an den Sicherheitskräften vorbei illegal in den Gazastreifen zu gelangen. Ziel des illegalen Aufenthaltes in Gush Katif ist der zu unterstützende Widerstand gegen die Zwangsräumung. Die geringe Anzahl innerhalb des Militärs, die mit den

Gegnern sympathisieren und deswegen womöglich Israelis beim Betreten nicht mit aller Härte hinderten, kann nicht für 800 Abzugsgegner innerhalb von ein paar Tagen verantwortlich gemacht werden. Vielmehr ist es den Rückzugsgegnern gelungen, durch ihren Protest und diversen Aktionen die Sicherheitskräfte zu schwächen.

Zu einem weiteren illegalen Akt des Protests kam es am 25. Juli. 20 rechtsextreme Rabbiner sprachen auf einem Friedhof einen Todesfluch, einen so genannten "Pulsa Denura", gegenüber Ariel Sharon aus. Dieser Todesfluch soll Sharon innerhalb von 30 Tagen den Tod bringen um so den bevorstehenden Abzug eventuell noch zu stoppen. Gefilmt und an das Fernsehen verkauft wurde diese Zeremonie in den Nachrichten ausgestrahlt. Zwar erklärten die Rabbiner vollmündig, dieser Fluch dürfe keine Menschen dazu auffordern, einen Mord zu begehen, vielmehr wurden nur die Engel des Todes gerufen. Der Pulsa Denura wurde auch 1995 gegenüber Jitzak Rabin ausgesprochen. Auch damals sollten "nur" die Engel des Todes gerufen werden, allerdings nahm sich ein fanatischer Student den Fluch zum Anlass und tötete den Premier in Tel Aviv.
Am 4. Aug. traf ein Schreckensszenario ein, vor dem der Shabak (der Inlandsgeheimdienst) bereits gewarnt hat. Ein jüdisch rechtsextremer Terrorist, 19 Jahre alt und Deserteur aus der Armee, die er verließ, da er nicht am Gazaeinsatz teilnehmen wollte, bestieg in Uniform und bewaffnet einen Linienbus. Waffe und Uniform besaß er noch, da das IDF nicht vehement genug versuchte, ihm diese abzunehmen. An einer Haltestelle eröffnete er das Feuer auf den Fahrer und tötete ihn, danach dreht er sich zu den Fahrgästen und schoss weiter. Der heraneilenden Polizei gelang es nicht, die aufgebrachte Menschenmenge außerhalb des Busses daran zu hindern, den Attentäter zu lynchen. "Um die Loslösung zu verhindern" soll der Täter kurz vor seinem Tot gemurmelt haben.

Nun da der Rückzug unmittelbar bevor steht, versuchen die Rückzugsgegner mit letzten Aktionen die Räumung zu verhindern. Am Mittwoch Abend versammelten sich tausende Rückzugsgegner an der Klagemauer in Jerusalem, um für ein "Wunder" zu beten, Donnerstag Abend werden zwischen 50.000 und 100.000 Demonstranten in Tel Aviv erwartet um einen letzten großen Protestmarsch durchzuführen. Am 14. August, ein Tag vor dem Ultimatum zur Räumung, werden noch einmal hunderte Gegner erwartet, die auf den Tempelberg stürmen wollen um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen und die Sicherheitskräfte zu beschäftigen. Bleibt zu hoffen, dass sich die Muslime nicht zu sehr provoziert fühlen und die Polizei die Lage unter Kontrolle behält.

Oliver Beckmann
Praktikant der KAS-Jerusalem